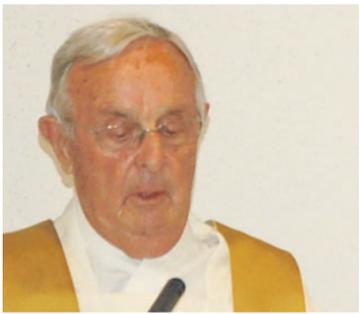


60 Jahre

Priesterjubiläum von Hannes Baumann

SCHAAN Der ehemalige Pfarrer von Schaan, Hannes Baumann, feierte am vergangenen Sonntag, den 9. Juli, sein 60-Jahre-Priesterjubiläum. Seit vier Jahren wohnt Pfr. Baumann im Haus St. Anna im Steinerberg. Dieses gehört dem Orden Anbeterinnen des Blutes Christi (Schaaner Schwestern). Dort lebt er im Kreis von Senioren aus der Region und ist als Hausgeistlicher im St. Anna tätig. Dieser Anlass begann mit einem feierlichen Gottesdienst, dem der Dekan Ugo Rossi vorstand und der musikalisch von den Stiefelgässlern vom Sattel (Muulörgeli-Quartett) umrahmt wurde. Berührend waren die Worte, welche über den Jubilar gesprochen wurden, und ebenfalls berührend dessen persönliche Gedanken, sein Mitgefühl für alle Anwesenden und seine Dankbarkeit. Anschliessend war die Festgemeinde zu einem gemeinsamen Mittagessen und einem gemütlichen Beisammensein eingeladen. Geboren am 8. Februar 1929 in Gurtellen (Uri), konnte Pfr. Baumann nach seinem Theologiestudium in Chur am 7. Juli 1957 in Chur seine Priesterweihe feiern. Nach Tätigkeiten als Vikar und Pfarrer in verschiedenen Schweizer Pfarreien war Hannes Baumann von 1986 bis 1999 Pfarrer in Schaan. Sein einfühlsamer und wertschätzender Umgang mit Menschen hat ihn als Schaaner Seelsorger überaus beliebt gemacht.



Pfarrer Hans Baumann anlässlich seines 60-Jahr-Priesterjubiläums. (Foto: Franz Schuler)

Zudem amtierte Hannes Baumann von 1990 bis 1994 als Dekan des damaligen Dekanats Liechtenstein. Von 1999 bis 2013 war er Aushilfs-Seelsorger im zürcherischen Gossau. Wir gratulieren Pfr. Hannes Baumann zu seinem Priesterjubiläum von Herzen und wünschen ihm noch viele schöne Jahre. (eps)

Michael Ritter: «Selbstverständlich brauchen wir ein eigenes Spital»

Dauerpatient Wenn es um Geld für das Landesspital geht, sind auch Kritiker nie weit. Soll man in das Spital tatsächlich noch weiter Geld buttern? Wäre es nicht schlauer, das Haus ganz zu schliessen? Die Verantwortlichen warnen vor einem solchen Schritt.

VON DORIS QUADERER

Im September wird sich der Landtag mit dem gestern vorgelegten Nachtragskredit befassen müssen. Kritische Voten zum «Dauerpatient» Landesspital sind vorprogrammiert. Schliesslich hatte sich der Landtag in den letzten Jahren mehrfach mit dem Landesspital zu befassen. Nachdem das Volk im Jahr 2011 einen Neubau des Landesspitals abgelehnt hatte, musste sich das Krankenhaus an dem bestehenden Standort neu erfinden. Schliesslich hatten die operierenden Belegsätze wenige Monate nach der Volksabstimmung bekannt gegeben, selber eine Klinik zu bauen. Danach folgte die komplette Neuausrichtung des Landesspitals - weg vom Belegarzt, hin zum Chefarztmodell, welches heute praktiziert wird. Gleichzeitig hat das Spital die Qualitätsstandards massiv angehoben und sich dem anerkannten «Zürcher Modell» verpflichtet, welches diese Standards garantiert. Auch die Notfallstation wurde neu gebaut und erfreut sich zunehmender Beliebtheit. Dass nun die Medicnova-Privatklinik das langsam «genesene» Landesspital wieder kräftig durchschüttelt, war zumindest ein Stück weit absehbar. Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini hatte mehrfach darauf hingewiesen. Besonders schmerzhaft für das Landesspital ist es, dass die Medicnova insbesondere die lukrativen Privat- und Halbprivatpatienten abgrast. Patienten, welche einen Grundversorger dringend benötigen würde, um weniger einträgliche Behandlungen zu kompensieren. Trotzdem will der Gesundheitsminister am Landesspital festhalten. Eine Umfrage im Nachgang der Abstimmung über ei-



Trotz Turbulenzen sind Stiftungsratspräsident Michael Ritter (links) und Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini überzeugt, dass sich der Betrieb eines eigenen Spitals lohnt. Schliesslich habe das LLS grosse Fortschritte erzielt. (Foto: IKR/Korner)

nen Neubau des Landesspitals habe gezeigt, dass sich über 80 Prozent der Bevölkerung ein eigenes Landesspital wünschten. Auch eine besondere Landtagskommission sei damals zum Schluss gekommen, dass ein eigenes Spital nötig sei, führte Mauro Pedrazzini an der gestrigen Pressekonferenz aus. Damals sei jedoch im Volk die mangelhafte Qualität kritisiert worden, ein Punkt, dem sich die Politik angenommen habe und wo enorme Fortschritte erzielt worden seien. Abgesehen davon mache das Spital auch aus volkswirtschaftlicher Sicht Sinn, schliesslich sei das Spital mit rund 180 Arbeitsplätzen und 24 Ausbildungsplätzen einer der grösseren Arbeitgeber im Land.

Im Ausland nicht günstiger

Auch Stiftungsratspräsident Michael Ritter betonte, dass ein eigenständiges Land einen eigenen Grundversorger brauche - gerade in Krisenfällen beispielsweise im Falle einer Pandemie, sei ein Staat auf eine eigene Gesundheitsversorgung angewiesen. Abgesehen davon sei es ein Trugschluss zu glauben, es werde billiger, wenn man diese Leistungen ins Ausland verberge. «Der Glaube, dass wir die Patienten im Ausland gratis behandeln lassen können, ist naiv. Die Behand-

lung im Ausland ist sehr teuer. Diese Debatte würde ein kantonaler Gesundheitsdirektor überhaupt nicht verstehen. Der würde sagen, «selbstverständlich brauchen wir ein Spital - aus volkswirtschaftlichen Gründen!». Mit einem Spital ist eine gewaltige Wertschöpfung verbunden», so Ritter.

Immer mehr Geld fliesst ab

Allerdings zeigte Michael Ritter anhand einer Grafik auch auf, dass die Staatsbeiträge an die Kosten für stationäre Leistungen im Ausland in den letzten Jahren viel stärker gestiegen sind als jene ans Landesspital. «Mit dieser Entwicklung haben natürlich ausländische Regierungen eine riesige Freude», bedauerte Ritter. Wir müssten uns fragen, ob es in liechtensteinischem Interesse ist, dass rund 70 Prozent der Gelder an stationäre Leistungen ins Ausland abfliessen. Eine beachtliche Summe, wenn man bedenke, dass sich die Ausgaben für Spitalleistungen auf 120 Millionen Franken pro Jahr belaufen. Die Vorgabe der Regierung sei es, 50 Prozent der Ausgaben im Land zu behalten. «Es ist auch ohne Weiteres möglich, dass 50 Prozent der Grundversorgung im Land stattfindet. Die Perspektive ist also gut. Sonst verschicken wir Geld ins Ausland. Denn unse-

re Patienten sind im Ausland sehr willkommen», betonte Ritter.

HILFE DES STAATES

So will die Regierung dem LLS helfen

Liquiditätssicherung
Zur Sicherstellung der Mindestliquidität werden für das Jahr 2017 2,5 Mio. Franken, 2018 1,5 Mio. und 2019 0,5 Mio. Franken benötigt.

Laufender Unterhalt
Die für die Liquiditätssicherung nötigen Mittel dienen auch dazu, den laufenden Unterhalt des Spitals sicherzustellen. Das Landesspital geht davon aus, dass ab dem Jahr 2020 der laufende Unterhalt wieder aus den laufenden Erträgen finanziert werden kann.

Investitionsprogramm
Für einen weiteren Ausbau und die Renovation diverser Abteilungen werden Mittel in Höhe von 9,8 Millionen Franken benötigt. Für den entsprechenden Verpflichtungskredit soll im Herbst eine Vorlage erarbeitet werden. (dq)

OSZE-Treffen in Minsk – Debatten um Kampf gegen den Terrorismus, die Abschaffung der Todesstrafe und Energiesicherheit

«Minsk-Deklaration» An der 26. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) nahmen mehr als 260 Parlamentarier aus 55 Staaten teil.

Liechtenstein wurde am Treffen in der weissrussischen Hauptstadt - Thema: «Stärkung des gegenseitigen Vertrauens und der Zusammenarbeit im Namen des Friedens und des Wohlstands in der OSZE-Region» -, das vom 5. bis 9. Juli dauerte, durch

den Landtagsabgeordneten Günter Vogt als Delegationsleiter und die stellvertretende Landtagsabgeordnete Helen Konzett sowie von der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten, heisst es in der Medienmitteilung des Parlamentsdienstes vom Mittwoch.

Von Österreich eröffnet

An der Eröffnungssitzung sprachen demnach die österreichische Präsidentin der Versammlung, Christine Muttonen - auf ihren Vorschlag hin wurde im Laufe des Treffens vom Ständigen Ausschuss der Versammlung ein Ad-hoc-Ausschuss zur Bekämpfung von Terrorismus eingerichtet -, der Vorsitzende des weissrussischen Repräsentantenhauses, Vladimir Andreichenko, der weissrussische Präsident Alexandr Lukaschko und der derzeitige OSZE-Vorsitzende, Österreichs Aussenminister Sebastian Kurz. Die drei Ausschüsse (Politik, Wirtschaft und Menschenrechte) diskutierten jeweils einen vorab verfassten Bericht sowie eine entsprechen-

de Resolution. «Zusätzlich wurden weitere Resolutionen zu unterschiedlichsten Themen wie die Herausforderungen im Migrationsbereich, die Stärkung der Rolle der OSZE im Kampf gegen den Terrorismus, die Abschaffung der Todesstrafe sowie die Stärkung der Energiesicherheit im OSZE-Raum verabschiedet», hält der Parlamentsdienst fest. Darüber hinaus habe die Versammlung eine Resolution über die Wiederherstellung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine, die von der ukrainischen Delegation eingebracht worden war, verabschiedet. Am Ende der Debatte - zahlreiche Abgeordnete meldeten sich zu Wort - stimmte die russische Delegation gegen diese Resolution. Eine weitere Diskussion wurde zur Situation in Osteuropa geführt. «Es sprachen sich insbesondere die im Resolutionstext erwähnten Staaten gegen eine Verabschiedung aus», so der Parlamentsdienst. Nach langer Diskussion fand die von einem schwedischen Parlamentarier eingebrachte Resolution eine knappe Mehrheit im



Der Landtagsabgeordnete Günter Vogt (links) und die stellvertretende Landtagsabgeordnete Helen Konzett während der Jahrestagung in Minsk. (Foto: ZVG)

Ausschuss. Anschliessend wurde die Resolution von der Plenarversammlung - mit Stimmgleichheit - jedoch nicht in die sogenannte «Minsk-Deklaration» übernommen.

Aufforderung an Regierungen

Am Ende der Tagung wurde die «Minsk-Deklaration» verabschiedet. Dieses 58 Seiten umfassende Papier enthält Empfehlungen sowie sämtliche verabschiedete Beschlüsse der

Versammlung. Die Deklaration fordert darin die Mitgliedsstaaten auf, schreibt der Parlamentsdienst, sich auf der höchsten politischen Ebene zur vollen Umsetzung der OSZE-Verbindlichkeiten sowie zur Stärkung der Organisation zu verpflichten. Die Deklaration wurde an alle Regierungen der 57 OSZE-Staaten gesandt. (red/pd)

Weitere Informationen zur Parlamentarischen Versammlung der OSZE auf www.oscepa.org

Über die Parlamentarische ...
... Versammlung der OSZE: Ihr gehören 323 Parlamentarier aus 57 Staaten von Europa über Zentralasien bis Nordamerika an. Sie bietet ein Forum für parlamentarischen Austausch zu den eingegangenen Verpflichtungen auf politischer und wirtschaftlicher Ebene sowie in Sachen Umwelt, Sicherheit und Menschenrechte an.